



Sperrfrist: 25. September 2005, 0:00 Uhr

Darmstadt, 24. September 2005

Pressemitteilung

**Beginn der Interkulturellen Woche:
„Ruck für mehr Menschlichkeit“ – Bleiberecht für langjährig Geduldete**

Einen ‚Ruck für mehr Menschlichkeit in Deutschland‘ hat der Vorsitzende des Interkulturellen Rates, Jürgen Micksch, anlässlich des Beginns der Interkulturellen Woche gefordert. Die 30-jährige Geschichte der Interkulturellen Woche/Woche der ausländischen Mitbürger sei ein eindrucksvoller Beleg für die Bereitschaft vieler Menschen, das Zusammenleben der Kulturen und Religionen in der multikulturellen Gesellschaft miteinander gestalten zu wollen. Angesichts der Zunahme von fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft sei es eine vordringliche Aufgabe der Politik, diese Bereitschaft zum Engagement vehement unterstützen. In diesem Sinne sei der von Bundesinnenminister Schily zum „Tag der Integration“ ausgerufene 25. September 2005 grundsätzlich zu begrüßen. Die Politik dürfe es jedoch nicht bei symbolischen Handlungen und Lippenbekenntnissen belassen.

Konkret beim Wort nehmen lassen müssten sich die Parteien insbesondere bei einer großzügigen Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete. Das im Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz habe deren prekäre aufenthaltsrechtliche Situation nicht verbessert: „Mit sogenannten Kettenduldungen wird etwa 200.000 Menschen, die seit vielen Jahren in Deutschland leben, der Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Bildung und Ausbildung verwehrt. Sie werden ihrer Integrationschancen beraubt, obwohl ihnen die Rückkehr in ihr Herkunftsland auf unabsehbare Zeit nicht möglich ist. Das ist gegenüber den Betroffenen, deren Kinder oftmals in Deutschland geboren wurden und hier zur Schule gehen, inhuman und zugleich ökonomisch unsinnig“, so Micksch.

Der Interkulturelle Rat hat gemeinsam mit PRO ASYL und dem Referat Migrationspolitik beim DGB-Bundesvorstand die im Bundestag vertretenen Parteien vor der Bundestagswahl gefragt, ob sie sich nach der Wahl für eine großzügige Bleiberechtsregelung einsetzen werden. SPD, Bündnis '90/Die Grünen, F.D.P. und die Linkspartei.PDS haben in ihren Antworten die Notwendigkeit einer solchen Regelung betont. Auch die Union hat in Aussicht gestellt, „*unter Einbeziehung der Interessen aller Betroffenen und in einer gründlichen Abwägung sorgfältig zu prüfen*“, ob über das neue Zuwanderungsgesetz hinausgehende Maßnahmen erforderlich sind.

Zukunftsfähige politische Konzepte, so Micksch, dürften die Potentiale und Fähigkeiten von Migranten und Flüchtlingen nicht ausgrenzen. Sie müssen diese vielmehr aufgreifen und fördern. Hierzu gehöre neben einer großzügigen Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete auch die Intensivierung des Dialoges mit Muslimen. Angesichts gesellschaftlich verbreiteter islamophober Einstellungen bestehe andernfalls die Gefahr, dass sich Muslime in Deutschland zunehmend aus der Gesellschaft zurückziehen und ihre Integration scheitert.

Die Interkulturelle Woche steht in diesem Jahr unter dem Motto „Miteinander Zusammenleben gestalten“. Sie findet vom 25. September bis 1. Oktober 2005 statt. Im Rahmen der Woche wird am 30. September der Tag des Flüchtlings begangen. Unmittelbar im Anschluss, am 2. und 3. Oktober 2005 laden die „Tage der offenen Moschee“ zum Dialog mit Muslimen ein. Der Interkulturelle Rat veranstaltet am 2. Oktober 2005 um 14:00 Uhr in der Griechisch-Orthodoxen Metropole in Bonn eine Interreligiöse Feier zum Thema „Für ein Ethos der Wahrhaftigkeit“. Im Rahmen der Feier wird eine gemeinsame Erklärung der Religionen der Öffentlichkeit vorgestellt.